

## Echte Umverteilung?

Seit einiger Zeit schon wird debattiert, protestiert, blockiert, okkupiert, usw. um gegen das Abwälzen der Krise auf die immergleichen Schultern anzutreten. *umfairteilen* gibt eine unter tausenden Antworten auf die Frage: Was tun? Und erstmal gar keine schlechte. Natürlich stehen den immensen privaten und staatlichen Schulden irgendwo genauso immense Vermögen gegenüber, dafür sorgt schon theoretisch die doppelte Buchführung. Diese Vermögen in die Pflicht zu nehmen, um die Schuldenlast öffentlicher und privater Haushalte zu mindern, das ist plausibel. Deswegen ist Umverteilung ein Schritt in die richtige Richtung, denn es verbessert die Bedingungen der Möglichkeit sozialer Emanzipation in der Zukunft. Und es bricht mit der jahrzehntelangen Litanei neoliberaler Sachzwänge, die jeden Winkel der gegenwärtigen Gesellschaften zurechtstutzen.

Eine „faire“ Umverteilung, wie es der Bündnisname suggeriert, wird es aber nicht einfach so geben, denn der privat angehäuften Reichtum muß unter kapitalistischen Bedingungen bei Strafe seines Untergangs immer wieder investiert werden, um weitere Arbeitskraft auszubeuten. Eine staatliche

Regulierung „übergroßer“ Vermögen wird diese Logik nicht ankratzen.

Das Bündnis *umfairteilen* fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die seit 1997 ausgesetzt ist. Bereits seit Anfang der 1990er Jahre wurde auch die Einkommensteuer kontinuierlich gesenkt, vor allem die der großen Einkommen. Von lokal bis europäisch wird derzeit an öffentlichen Schuldenbremsen gebastelt. Da geht nicht erst seit gestern die Kohle flöten, an der es heute angeblich so sehr mangelt. Die festgestellte Verfassungswidrigkeit der Vermögensteuer dürfte als Begründung nur das obligatorische Feigenblatt gewesen sein. Vielmehr sollte diese Entlastung der reichen Vermögen und Einkommen wohl eher die Investitionsfreude des Kapitals in deutsche Landschaften befeuern. Ganz ähnlich wie HartzIV und Agenda 2010 sehr wohl die Flexibilität und Arbeitsfreude von Erwerbslosen anfeuern sollte. Dieses Fitnessprogramm für den globalen Wettbewerb bringt heute Medaillen in der internationalen Standortkonkurrenz. Nicht ganz zufällig ist Deutschland wieder ganz vorne mit dabei. Und diesen Spitzenplatz wird die politische Klasse einer völlig von Wachstum und Export abhängigen

..exit..krise..



..exit..kapitalismus..

## Das geht nur ohne Kapitalismus!

Volkswirtschaft nicht einfach so auf's Spiel setzen (können).

Außerdem fordert das Bündnis umfairteilen einen „konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen“ und eine Transaktionssteuer auf Finanzmarktgeschäfte. Auch wenn sich Forderungen hierzulande immer noch nur auf Bankenregulierung, Einschränkung und Besteuerung von Spekulationsgeschäften, Erhöhung des Eigenkapitals usw. beziehen, sollten sie gestellt werden. Am Beispiel Frankreich lässt sich in näherer Zukunft bestimmt einiges lernen, ob diese Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut oder zur Herstellung einer diffusen Gerechtigkeit taugen. Ahnen sollten wir aber schon, daß das noch lange kein Ausweg aus der Krise ist. Genausowenig wie beispielsweise die an anderen Stellen propagierte „Krötenwanderung“ unserer bescheidenen Ersparnisse zu einer „besseren“ Bank. Zudem ist Skepsis bei allen Tendenzen angebracht, die „Schuldige“ für ökonomische Entwicklungen suchen, und häufig genug finden.

Es muß um eine globale Solidarität gehen, keine falsche Almosenmentalität, sondern eine Solidarität der Angeschissenen dieser Welt, der

Ausgebeuteten, der Prekarisierten, der Diskriminierten, der Verfolgten, usw. gegen eine menschenverachtende Politik, die allein kapitalistischem Profit und nationalistischer Vormacht verpflichtet ist. Die Widerstände gegen Sozialkürzungen sowie die Privatisierung von öffentlichem Eigentum werden immer wieder auf den Plan treten, weil die Zustände unerträglich werden. Da hilft keine Transaktionssteuer und keine gutgemeinte Umverteilung nicht. Da reicht auch ein linker Gegenlobbyismus nicht, der sich hauptsächlich um mediale Aufmerksamkeit bemüht, statt der wirklichen Bewegung gegen diese Verhältnisse unter die Arme zu greifen. Da braucht es mindestens eine kämpferische Perspektive von basisdemokratischer Vergesellschaftung, in der jede und jeder nach seinen Möglichkeiten und Bedürfnissen Einfluß nehmen kann. Das wäre dann ein Ausweg aus der Krise, und folgerichtig aus dem Kapitalismus.



Interesse, dich zu engagieren? Blockupy-Bündnistreffen, Dienstag, 2.10., 19:30 Paradox, Bernhardstraße  
sonstnoch:[www.avanti-projekt.de//bremen@avanti-projekt.de](http://www.avanti-projekt.de//bremen@avanti-projekt.de)

..exit..krise..



..exit..kapitalismus..